

vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 25 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
1 Thlr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von H. Richter,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Creutz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 274.

Halle, Mittwoch den 22. November

1848.

Deutschland.

Magdeburg, d. 21. Nov. Die hiesige Zeitung ent-
hält folgende Bekanntmachung:

Nachdem sich an einigen Orten der Provinz sogenannte
Sicherheits-Ausschüsse gebildet haben, sind die Behörden bereits
durch den Erlaß des Herrn Oberpräsidenten vom 15. d. Mts.
aufgefordert, den Bestrebungen dieser Ausschüsse, welche jeder
gesetzlichen Begründung entbehren, alles Ernstes entgegen zu
treten.

Es hat sich inzwischen mehr und mehr herausgestellt, daß die
auf den Umsturz alles Bestehenden hinarbeitende Partei in die-
sen Ausschüssen das Mittel zu finden glaubt, die Autorität und
Wirksamkeit der bestehenden Behörden, welchen allein amtliche
Befugnisse beizubehalten, zu beseitigen, die executive Gewalt sich
zu verschaffen, und dieselbe für ihre Zwecke zu benutzen. —
Wir finden uns daher veranlaßt, die Königlichen Landräthe
nochmals darauf hinzuweisen, mit aller Energie der Bildung
solcher Ausschüsse entgegen zu treten, und da, wo solche Sicher-
heits-Ausschüsse bereits ins Leben getreten sind, dieselben so-
fort, nöthigenfalls unter Anwendung der gesetzlichen Zwangs-
maßregeln, aufzulösen, wobei wir darauf aufmerksam machen,
daß, so weit die gewöhnlichen Mittel der Polizei für diesen
Zweck nicht ausreichen, überall zunächst die Bürgerwehr zu re-
quiriren ist, um dem Gesetze Achtung zu verschaffen.

Zugleich bemerken wir jedoch, daß nach §. 107 der revi-
dirten Städte-Ordnung für vorübergehende Zwecke von den Ma-
gistraten Kommissionen aus Mitgliedern der städtischen Behör-
den und wohlgesinnten Einwohnern der Stadtgemeinden gebildet
werden können; sofern daher die Verhältnisse einzelner Städte
es angemessen erscheinen lassen sollten, derartige Kommissionen
zu bilden, welche als Organe der Magistrate für Erhaltung der
Ruhe und gesetzlichen Ordnung wirksam sind, so finden wir
gegen die Bildung solcher Kommissionen Nichts zu erinnern und
wollen die desfallsigen motivirten Anträge binnen kürzester Frist
erwarten.

Die jetzigen Zeitverhältnisse machen es übrigens dringend
nothwendig, daß mit der Ausführung des Bürgerwehrgesetzes
vom 17. d. Mts. so rasch wie möglich vorgeschritten wird,
und wir beauftragen Sie deshalb nicht nur, die durch uns

serte Verfügung vom 31. October zu dem Zwecke angeordne-
ten Einleitungen mit allen Kräften zu beschleunigen, sondern
weisen Sie auch hierdurch an, nach Maßgabe des §. 128
des allegirten Gesetzes sofort mit der Auflösung der neben
der jetzigen Bürgerwehr bestehenden bewaffneten Corps vor-
zugehen, wobei wir jedoch bemerken, daß den Mitgliedern
der Schützengilden unbenommen ist, zu ihren sonstigen, mit
der Bestimmung der Bürgerwehr nicht zusammenfallenden
Zwecken als bewaffnete Corporationen fortzubestehen. — In-
dem wir Sie auffordern, uns unfehlbar innerhalb 8 Tagen
anzuzeigen, daß diese Anordnung zur Ausführung gebracht
ist, weisen wir schließlich noch darauf hin, daß nach §. 3
des Bürgerwehrgesetzes die Bürgerwehr sich nicht in die Ver-
richtungen der Gemeinde-, der Verwaltungs- oder gerichtli-
chen Behörden mischen darf, und veranlassen Sie, darauf zu
halten, daß auch in dieser Beziehung der gesetzliche Boden
nicht verlassen wird, auf welchem wir uns bewegen müssen,
um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Magdeburg, den 19. November 1848.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Delriehs.

Circulare an sämtliche Herren Landräthe des Regierungsbez.

Nachfolgende Mittheilung giebt das Merseburger Kreis-
blatt:

Endlich fällt den Führern der republikanischen Partei
die Maske vom Gesicht, diesen Leuten, welche unter dem
Aushängeschilder demokratischer Bestrebungen durch fein ge-
spinnene Pläne unsere öffentliche Zustände längst unterwühlt,
auf nichtswürdige Weise absichtsvoll die Gewissen treuer, von
Achtung für die Rechte der Krone besessener Bürger verwirrt,
eine große Anzahl besonnener und constitutionell gesinnter
Männer unter dem Scheine, als gelte es einen Kampf um
Sicherstellung und Wahrung der Rechte des Volkes gegen
Eingriffe der Krone, zu beirren und deren Sympathieen zu
gewinnen g wußt, und durch ihr verstecktes heillofes Spiel
einen Brand in das Vaterland geworfen haben, der mit der
Entzündung des furchtbarsten Bürgerkriegs das Wohl von
Millionen zu vernichten und dem Vaterlande die Spuren ei-

nes verabscheuungswürdigen Bruderkampfes auf Jahrzehnde hin unvertilgbar einzudrücken drohen.

Wer möchte sich der traurigen Verblendung noch hingeben, daß die auf die rohe und ungebildete Masse des Berliner Straßenpöbels sich stützende äußerste Linke der National-Versammlung, von deren verderblichem Einflusse die übrigen Parteien der Abgeordneten überwuchert worden sind, uns die im März von dem Könige so hochherzig verheißenen und mit dem Blute besiegelten Freiheiten einer konstitutionellen Monarchie in der sehnlich erwarteten Verfassung zu Stande bringen werde, nachdem es keinem Zweifel mehr unterliegt, daß der unheilvolle Konflikt der National-Versammlung mit der Krone nach einem wohlberechneten Plane herbeigeführt und viele redlich gesinnte Deputirte von dem die Demokratie leitenden Abgeordneten der äußersten Linken ins Netz gezogen und zu Maßregeln fortgerissen sind, welche dem angedeuteten Plane gemäß auf nichts Geringeres abzielen, als eine unausfüllbare Kluft zwischen dem Volke und der Krone zu befestigen, das Königthum abzuschaffen und an seiner Stelle uns mit den Segnungen der rothen Republik zu beglücken.

Wer etwa an der Wahrheit dieser Behauptung noch im Geringsten zweifelt, möge sich durch die Beachtung folgender thatsfächlicher Umstände die Augen öffnen lassen:

Der Staatsregierung sind nach Inhalt der Parlaments-Correspondenz die Fäden eines weit verbreiteten staatsverbrecherischen Complots, welches die Proclamation der Republik an dem 15. d. M. sich zum Zwecke gesetzt hatte, in die Hände gefallen.

Der Vorstand des demokratischen Central-Vereins von Deutschland, die Mitglieder der National-Versammlung v' Ester und Reichenbach nebst Hexamer, fordern unterm 11. d. Geld von den Demokraten, dessen sie schleunig bedürfen, und weshalb sie ihren Gesinnungsgenossen eine Steuer auferlegen.

In vielen Städten der Provinz haben sich in Folge plötzlich entstandener, muthwillig herbeigeführter Unruhen und Aufläufe, zu gleicher Zeit ungesetzliche Autoritäten unter dem Namen von Sicherheits-Ausschüssen zu bilden versucht und städtische Behörden sind von einem der Zahl nach unbedeutenden rohen Volkshaufen eine Zeit lang schmählich eingeschüchtert und selbst bewaffnete Bürgerwehren terrorisirt worden.

In Vibra, dem Centralpunkte der republikanischen Wühlerei in dem Preussischen Thüringen, ist der Aufstand, wie es scheint, zu frühzeitig losgebrochen und in dem landrätlichen Kreise Eckartsberga sammeln sich bewaffnete Banden, um die Rittergüter, die Kassen der Behörden und die Häuser der Wohlhabenden unter Proclamation der Republik zu plündern.

An andern Orten des Regierungsbezirks scheint die Ausführung solcher verbrecherischer Raubzüge nur noch dadurch aufgehalten zu sein, daß es an entschlossenen Führern für die verblendeten Schaaren gefehlt hat, um an einem Tage mit der wohlorganisirten Empörung gegen die rechtmäßig bestehende Staatsgewalt loszubrechen und den Versuch ihres Sturzes zu wagen.

Berlin, d. 21. Novbr. Se. Majestät der König haben dem regierenden Landgrafen von Hessen-Homburg Durchlaucht den Schwarzen Adler-Orden verliehen.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 17. d. M. bringen wir hiermit ferner zur Kenntniß, daß, nachdem das Kassenlokal der Staatsschulden-Bilgungs-Kasse wieder frei geworden ist, dieselbe von jetzt an wieder Zahlungen leisten, so wie auch annehmen wird. Berlin, den 19. November 1848.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Katan. Köhler. Knoblauch.

Der gewählte Ausschuss der Rechten und des rechten Centrums der Nationalversammlung hat gestern das nachstehende Schreiben an das Staats-Ministerium gerichtet:

Hohes Staats-Ministerium! Die Königl. Botschaft vom 8. d. M. hat die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, unter Verlegung ihres Sitzes, bis zum 27. d. M. vertagt. Während ein Theil der Nationalvertreter die Gefeslichkeit der Vertagung bestreitet, blickt der andere Theil mit Sehnsucht dem Anbrechen des Tages entgegen, — mit Sehnsucht, der sich die Hoffnung zugesellt, daß es ein Tag sein möge der Versöhnung, der Bewährung der Treue, der Aufopferung und der Hintanfegung jeder persönlichen Rücksicht im Angesichte des bedrängten Vaterlandes. Diese Sehnsucht theilt das Land; sie zieht sich wie eine Brücke der Vermittelung über die gespaltenen, zerrissenen, von Furcht und Wanken bewegten Gemüther. Es klammern sich Vieler — und nicht der Schlechtesten — Herzen an diesen Tag, als an den Tag der Entscheidung, — der naturgemäßen Entscheidung, — nicht der vorzeitigen Durchschneidung einer verhängnißvollen Krisis. In diese Erwartung und Sehnsucht drängen sich dunkle Gerüchte. Man sagt sich, — und es schimmerte durch mehrfache Druckartikel, die, wenn auch nicht offiziell, doch aus kundiger Feder zu kommen scheinen, — daß die Staatsregierung vor dem Ende der Vertagungssfrist die Auflösung der Nationalversammlung und gleichzeitig den Erlass anderer auf das Verfassungswerk bezüglicher Verordnungen beschlichtige. Wir wollen nicht über den Grund dieser Gerüchte und Befürchtungen ein Urtheil fällen, wir fühlen uns aber gedrungen, in unfrem und in unfrem politischer Freunde Namen den Wunsch auszusprechen, daß jene Befürchtung des Anlasses entbehre, oder, wenn ein solcher vorhanden sein möchte, dessen Befestigung eintrete. Es würde jene Maßregel das schon wankende Vertrauen zerstören, dessen die Staatsregierung bedarf, um Krone und Volk durch die eingetretenen Verwickelungen friedlich hindurchzuführen, — ein Vertrauen, welches das eigene Bewußtsein der Räte der Krone, nur das Gute zu wollen, — in keiner Weise zu ersetzen vermag; es droht jene Maßregel den Verlust der Sympathieen, welche in den Herzen der Preußen an der unter allen Umständen unveränderlichen Unverbrüchlichkeit gegebener Zusagen haften, ein Verlust, den keine, auch nicht die reichste, dargebotene Gabe verschmerzen ließe; es würde endlich jene Maßregel schwer in Einklang zu bringen sein mit den Beschlüssen der Deutschen Reichsversammlung, mit welchen stets Hand in Hand zu gehn, wir uns bestreben, deren inniges und herzliches Einverständnis jetzt am Wenigsten zu entbehren ist. Wer jetzt noch Vertrauen hat in den Sieg des Rechts und der wahren Freiheit, muß zugleich Vertrauen haben auf die Rückkehr der Besonnenheit und Mäßigung, die Läuterung getrübler Stimmungen; es würde aber einen Mangel dieses Vertrauens verrathen, wenn zu dieser Rückkehr man allen den Abgeordneten, die nicht unserer politischen Ansicht sind, den Weg versperren, und die durch die Botschaft vom 8. d. M. dargebotene Hand zur Einigung in diesem Augenblicke schon zurückziehen wollte; es würde darin zugleich eine tiefe Kränkung des Rechtsbewußtseins derer liegen, welche, den Boden der Vereinbarung festhaltend, in keiner Weise die Zusage, am Ende der Vertagungssfrist sich zum Vereinbarungszwecke den Vertretern der Krone wieder gegenüber zu sein, verscherzt zu haben glauben. Wenn wir diese Erwägungen einem hohen Staatsministerium dringend ans Herz legen, entledigen wir uns einer Pflicht, zu der uns bei drohender Gefahr die Liebe zum Vaterlande den Beruf gab.

Berlin, den 18. November 1848.

Der erwählte Ausschuss der Rechten und des rechten Centrums der Nationalversammlung:
(gez.) Walter (Bonn); Baumfark (Greifswald); Hesse (Solingen); Harkort (Hagen); Müller (Siegen); von Meusebach (Mansfeld).

Magdeburg, d. 20. November. Die städtischen Behörden haben in der Sitzung über die Steuerverweigerungsfrage mit großer Majorität sich dahin entschieden, daß diese Maßregel Seitens der Stadt Magdeburg nicht angenommen und ausgeführt werden solle.

Nachstehendes Schreiben hat der hiesige Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet:

In der außerordentlichen Sitzung vom 18. d. Mts. hat die Stadtverordneten-Versammlung in Folge eines ihr vorgelegten Antrages darüber berathen, ob auf Grund der von der Nationalversammlung ausgesprochenen Steuerverweigerung der Magistrat ersucht werden solle, die bei ihm eingehenden königlichen Steuern nicht abzuliefern, sondern bis auf Weiteres in seinen Kassen aufzubewahren. Der Antrag ist mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt und somit nicht an uns gelangt. Unter allen andern Umständen würden wir über einen Beschluß schweigen, der unsere Mitwirkung oder Erklärung nicht verlangt; allein die Angelegenheit ist so groß, sie trifft so sehr die Ord-

nung des Staates und der Stadt, daß, da wir eine bestimmte Stellung zu der Frage einnehmen müssen, wir es der Versammlung und damit der Bürgerschaft gegenüber für eine Pflicht halten, ehrlich und offen unsern Entschluß auszusprechen. Es bedarf keiner Rechtfertigung, wenn eine Behörde, die hier als Staatsbehörde zu handeln hat, für die Entscheidung ganz allein gesetzliche Gründe gelten läßt, und politische Zuneigungen oder Abneigungen, Erwägungen der Zweckmäßigkeit und der Möglichkeit und die Ansichten anderer Personen und Körperschaften nicht beachtet. Nur der Weg, welchen Pflicht und Gewissen vorschreiben, ist der rechte. Nach reiflicher Prüfung sowohl des Wahlgesezes vom 8. April, als der Verordnung vom 6. April d. J. finden wir nicht, daß irgendwie der Nationalversammlung das Recht zugestanden sei, die auf rechsgültigen Landesgesetzen beruhenden und gesetzlich bestehenden Steuern einseitig aufzuheben, oder die Rechte der Regierungsgewalt an sich zu nehmen und die Abführung erhobener Steuern zu suspendiren. Ein Beschluß der Nationalversammlung also, welcher in die gegenwärtig gesetzlich geordnete Steuer-Entrichtung, Erhebung und Ablieferung eingreift, überschreitet die Befugnisse dieser Versammlung und ist deshalb nichtig. Hiernach konnte die Entscheidung des Magistrats nicht zweifelhaft sein. Zur Ausführung eines ungesetzlichen Beschlusses kann er die Hand nicht bieten. Indem wir der Stadtverordneten-Versammlung von unserm einstimmigen Entschlusse Kenntniß geben, sprechen wir noch unsern aufrichtigen und lebhaften Dank dafür aus, daß dieselbe durch Ablehnung des Antrages in der Berathung vom 18. d. M. uns eines schmerzlichen Zwiespaltes überhoben hat. Magdeburg, den 20. November 1848. Der Magistrat.

Der Ober-Präsident von Bonin hat zur Unterstützung der eingezogenen Landwehrlente eine Subscription freiwilliger Beiträge durch nachstehende Aufforderung empfohlen:

„Nach meiner Bekanntmachung von gestern hat in der Provinz die Landwehr zusammengezogen werden müssen, um die gesetzliche Ordnung zu sichern, Personen und Eigenthum zu schützen, welches die zum offenen Aufruhr auffordernden Bestrebungen einer Umsturz-Partei bedrohen. Wenn gleich zu erwarten steht, daß die Landwehr nur kurze Zeit in Dienstthätigkeit wird zu bleiben brauchen, wenn, wie mit Sicherheit gehofft werden kann, alle Gutgesinnten sich zusammenscharen und dieser Partei muthig und kräftig entgegen treten, so ist doch selbst eine kurze Dienstthätigkeit der ihren häuslichen und gewerblichen Beschäftigungen entzogenen Landwehr-Mannschaften mit Beschwerden und Opfern verbunden, welche Alle anerkennen müssen, denen durch die Landwehr ihr Eigenthum und die Provinz vor völliger Anarchie geschützt wird. Zur sofortigen Betätigung dieser Anerkennung scheint es mir nach dem Beispiel, welches schon anderweit gegeben ist, wünschenswerth, den einberufenen Landwehr-Leuten von ihrem Eintritt an, und so lange sie jetzt in Dienstthätigkeit im eigenen und alleinigen Interesse der Provinz bleiben, sämmtlich eine tägliche Zulage von Einem Silbergroschen pro Mann zuzuwenden, und die dazu erforderlichen Geldmittel durch freiwillige Beiträge zu beschaffen. In dem festen Vertrauen, daß es nur dieser Anregung bedarf, um Jedem, der die großen Verdienste anerkennt, welche sich die Landwehr in Erfüllung ihrer Dienstpflicht für die ganze Provinz und für jeden Bewohner derselben erwirbt, zu einer angemessenen monatlichen freiwilligen Beisteuer zu veranlassen, lege ich die umstehende Liste zur Einzeichnung dieser Beiträge bei. Die Ortsbehörden werden sich unzweifelhaft mit der größten Bereitwilligkeit der Mühe unterziehen, diese Listen in Umlauf zu setzen und nach erfolgter Einzeichnung sofort an die Herren Landräthe zurück zu geben, demnächst aber die gezeichneten Beiträge zur Ueberweisung an die betreffenden Landwehr-Commando's einzusenden und an die Kreisräthe abzuliefern.“

Morgen schon wird das in Neuhaldensleben formirte 3. Bataillon des 26. Landwehr-Regiments unter der Anführung des Herrn Brigade-Commandeurs, General-Major von Cölln hier eintreffen und thatsächlich den Beweis liefern, mit welcher Schnelligkeit und Hingebung die Wehrmänner zur Erfüllung ihrer Pflicht herbeigeeilt sind.

Münster, d. 18. Nov. Der hiesige Magistrat veröffentlicht die folgende Bekanntmachung:

„Der kommandirende Herr General hat erfahren, daß in der Stadt das Gerücht verbreitet sei, er habe die Absicht, die hiesige Bürgerwehr zu entwaffnen und aufzulösen. Um dieses gänzlich grundlose Gerücht zu widerlegen, hat mich der kommandirende Herr General beauftragt, in seinem Namen zu versichern, daß er weder höhere Befehle zu einer Entwaffnung der Bürgerwehr bis jetzt empfangen habe, noch erwarte, daß er selbst aber an eine solche Maßregel durchaus nicht denke, im Gegentheil auf die Unterstützung der achtungswerthen Bürgerwehr rechne, um die öffentliche Ruhe und Ordnung zu erhalten.“

Münster, den 18. November 1848. Schmidt, Oberst-Lieutenant und Chef des General-Stabes.“

„Vorstehendes bei uns eingegangene Schreiben finden wir uns veranlaßt, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Münster, den 18. November 1848. Der Magistrat. von Difer 8.“

Köln, d. 18. Nov. Oberbürgermeister, Beigeordnete und Gemeindevorordnete unserer Stadt haben folgenden Aufruf erlassen: Mitbürger! Die kritische Lage, in welcher die Krone und die Nationalversammlung sich gegen einander befinden, kam heute auch in dem Gemeinderathe zur Sprache. Der Gemeinderath war einstimmig der Meinung, zur Hebung des Zwiespaltes vermittelnde Schritte zu versuchen, und hat folgende Immediatadresse beschlossen:

Königl. Majestät! Das unselige Zerwürfniß zwischen der Krone und der Nationalversammlung hat mit jedem Augenblicke steigend das ganze Land in Trauer und Schrecken versetzt. Unsere Stadt ist im aufgeregtesten Zustande, und der Gemeinderath erfüllt nur eine dringend gebotene Pflicht, Ew. Königl. Maj. ein flehentliches Wort mit Vertrauen zu äußern. Das Ministerium des Grafen Brandenburg hat keinen Halt in der Stimmung des Landes. Wir bitten ehrerbietigst, dasselbe entlassen und durch ein volksthümliches Ministerium ersetzen zu wollen. Die Nachricht, daß Ew. Königl. Maj. in diesem Sinne sich entschlossen, wird allgemeine Freude, allgemeinen Dank erregen. Wir hoffen, daß die Ruhe in Berlin wieder hergestellt und die Freiheit der Nationalversammlung gegen jede Störung dauernd gesichert werde. In dieser Voraussetzung kann nach Ew. Maj. eigener Erklärung die Versammlung in Berlin bleiben. Nur auf die thatsächlichen Verhältnisse blüend, bitten wir ehrsüchtig, der Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg keine Folge geben zu wollen. Ew. Königl. Maj. beschwören wir schließlich aufs innigste, das Mögliche und Nöthige zur Herstellung des Friedens zu thun und zu veranlassen. Mit tiefster Ehrerbietung: Der Gemeinderath der Stadt Köln.

Posen, d. 17. Nov. Daß Posen eine loyale Stadt sei, davon haben unsere Stadtverordneten gestern den vollgültigsten Beweis geliefert, denn während in den meisten größern Städten der Monarchie von den städtischen Behörden bestimmende Adressen an die Nationalversammlung in Berlin gerichtet worden sind, ist hier gestern eine solche mit beträchtlicher Majorität verworfen worden. Von einem der jüngern Stadtverordneten, Assessor v. Crousz, der zugleich Mitglied des demokratischen Vereins ist, war die Motion eingebracht, daß eine Adresse der Stadtbehörde an den König votirt werden möge, des Inhalts: daß 1) das Ministerium Brandenburg als unvolksthümlich entlassen, und 2) die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg zurückgenommen werden möge. Da lebhafteste Debatten zu erwarten waren, so hatte sich ein überaus zahlreiches Auditorium eingefunden, darunter viele Mitglieder des demokratischen Vereins, die den Antrag mit einem Bravo begrüßten, wofür sie jedoch vom Präsidenten mit Ausweisung bedroht wurden. Die Debatte war allerdings sehr lebhaft und wurde von beiden Seiten mit großer Wärme, die mehrmals die parlamentarischen Grenzen überschritt, geführt. Der Antrag wurde indessen fast nur von den polnischen und jüdischen Mitgliedern des Collegiums unterstützt, sodaß er bei der namentlichen Abstimmung mit nicht geringer Majorität verworfen wurde. Bei der Abstimmung über den ersten Theil des Antrags waren nur 10 Stimmen für und 14 gegen denselben, und bei der Abstimmung über den zweiten Theil waren sogar nur 7 Stimmen für und 17 Stimmen gegen denselben. Sodach hat es sich selbstredend herausgestellt, daß die besitzende Klasse in unserer Stadt zum größern Theil gegen das Verhalten der berliner Nationalversammlung der Krone gegenüber ist; ja, die Urwähler Posens werden sogar heute durch ein Circular aufgefordert, eine Erklärung zu unterschreiben, worin ausgesprochen wird: 1) daß die Krone zu ihrem incriminirten Verfahren vollkommen berechtigt sei; 2) daß die Beschlüsse der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder der Nationalversammlung null und nichtig seien; 3) daß Alle sich mit treuer Liebe um den constitutionellen König zu schaaren willens seien; und 4) daß das Verhalten des

Abgeordneten der Stadt Posen, Hrn. Neumann, entschieden gemißbilligt werde. Man ersieht hieraus, daß Posen gerade die entgegengesetzte Haltung von Breslau annimmt. Die erwähnte Erklärung soll schon über 2000 Unterschriften zählen.

Noch erfahre ich, daß der Reichscommissar, der heftigste General v. Scheyer, heute hier eingetroffen ist, um die Demarcation von Deutsch-Posen, als nunmehrigem integrierenden Theil Deutschlands, definitiv zu vollziehen. Darüber wird die ganze deutsche Bevölkerung sich außerordentlich freuen, denn nun sind die Revolutionsgelüste der Polen bei uns für immer abgeschnitten, zumal wenn das hier umlaufende Gerücht sich bestätigen sollte, daß Posen zu einer Reichsfestung designirt sei. Dadurch würde unsere Stadt unauflöslich mit dem großen Reichskörper, dessen starke Vormauer gegen Osten es bildete, verbunden sein. (D. U. Z.)

Dresden, d. 18. Nov. Hier erscheint folgende Bekanntmachung:

„Die Nachricht von dem standrechtlichen Verfahren gegen den deutschen Reichstags-Abgeordneten Robert Blum zu Wien hat in Sachsen Schmerz und Entrüstung hervorgerufen. Diesen Gefühlen ist in Volksversammlungen und Vereinen durch verschiedene Beschlüsse Ausdruck gegeben worden, welche zum Theil als Anträge an die Regierung gebracht worden sind. Die Regierung erkennt die inhaltsschwere Bedeutung dieses traurigen Ereignisses, so wie die Pflichten, welche es ihr auferlegt, und wird sie erfüllen. Sie hat dies bereits in der zweiten Kammer der Ständeverammlung erklärt; sie spricht es hiermit noch einmal vor dem sächsischen Volke aus. Aber sie verbindet damit auch die Mahnung zur Besonnenheit und Mäßigung. Durch die Königl. Gesandtschaft zu Wien ist auf Mittheilung der Prozesakten angetragen worden. Die Regierung hat von dem Königl. Gesandten sofort Rechenschaft über sein Verhalten gefordert; sie hat bei der Centralgewalt zu Frankfurt, als der hierzu vorzugsweise berufenen Behörde, entschiedene Anträge gestellt. Die Regierung glaubt hiernach Alles gethan zu haben, was bei der gegenwärtigen Lage der Sache von ihr mit Recht gefordert werden kann. Die Bewegung und das Begehren ist aber hierbei nicht stehen geblieben. In blinder Leidenschaft ist gegen das Kaiserl. österreichische General-Konsulat zu Leipzig von Einzelnen eine Verletzung des Völkerrechts begangen worden. Die allgemeine Stimme hat darüber gerichtet, und die Regierung hofft, daß zur Ehre des sächsischen Volkes jeder Versuch zu einer ähnlichen That unterbleiben wird. Man hat Bürger bedroht, weil sie politische Segner Blum's gewesen seien. Das heißt, im Namen der Freiheit die Tyrannei verkündigen. Man hat verlangt, die Regierung solle dem Kaiserlich österreichischen Gesandten in Dresden seine Pässe zustellen. Das heißt, einen Bürgerkrieg in Deutschland heraufbeschwören. Man hat gegen den königlichen Gesandten zu Wien eine Verurtheilung ohne Gehör verlangt; dies ist den bekanntesten Rechtsgrundsätzen entgegen. Die Regierung wird dagegen den Erfolg der geforderten Rechenschaft seiner Zeit veröffentlichen. Man hat von einigen Seiten die Betheiligung des Staats bei der Sorge für die Hinterlassenen Blum's gefordert. Aber mit richtigem Gefühle hat man andererseits zunächst diese Sorge freiwilligen Liebesgaben vorbehalten. In dem die Regierung diese öffentliche Erklärung zugleich als Antwort auf die an sie gestellten Anträge betrachtet, erwartet sie, daß das sächsische Volk auch bei dieser traurigen, ernsten Gelegenheit sich durch Achtung vor dem Gesetze der Freiheit würdig zeige. Dresden, d. 17. November 1848. Gesamt-Ministerium. Dr. Braun. Dr. von der Pfordten. Georgi. Oberländer. von Buttlar.“

Frankfurt a. M., d. 17. Nov. Nach Beantwortung mehrerer Interpellationen über die preussischen, österreichischen und italienischen Verhältnisse durch den Reichsminister v. Schmerling wurde in der heutigen 117. Sitzung der deutschen Reichsversammlung folgender Antrag des Abgeordneten Giskra zum Beschluß erhoben: „In Erwägung, daß der österreichische Reichstag zur Zeit nicht besteht, und daß derselbe nach einem heute bekannt gewordenen Erlasse der österreichischen Regierung von Neuem vertagt worden ist, in Erwägung, daß die Decrete dieses Reichstags von dem österreichischen Ministerium seit dem 6. October nicht mehr beachtet worden; in Erwägung, daß unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu erwarten steht, daß die österreichische Regierung dem wiener Reichstag gegenüber ein anderes Verfahren einschlagen werde: beschließt die National-

Versammlung, daß das Reichsministerium unmittelbar einschreite und die erforderlichen Maßregeln treffe, daß der verheißene Schutz des Ansehens der Gesetze und der persönlichen Freiheit, insbesondere in Ansehung der gesetzwidrigen Affen-tirungen, Nachsuchungen und Verhaftungen mißliebiger Personen in Deutsch-Oesterreich zur Wahrheit werde.“

Wien, d. 14. Nov. Fürst Windisch-Grätz ist gestern nach Ungarn abgereist. Heute verläßt auch das Regiment Kaiser-Infanterie die Hauptstadt und schlägt den Weg nach Ungarn ein. Die Magyaren haben die Straßen dergestalt unfahrbar gemacht, daß hieraus die Unmöglichkeit, die Operationen in dieser Jahreszeit zu beginnen, hervorgehen dürfte. Es soll daher vorerst auf eine Eernirung des ganzen Landes und auf Abschneiden jeder Kommunikation abgesehen sein. — Nach der neuesten Ministerkombination ist Fürst Felix Schwarzenberg Ministerpräsident und erhält das auswärtige, Graf Stadion das Innere, Generalmajor Baron Gordon (jetzt Vorsitz der Militärcentralkommission) den Krieg, Baron Kraus die Finanzen, Bruck aus Triest Handel und öffentliche Arbeiten, Thienfeld (Deputirter aus Steiermark) Ackerbau, Helfert soll als Unterstaatssecretair für Kultus und Unterricht eintreten, Pratobevera oder Mitis das Justizministerium übernehmen. — Eine Kundmachung setzt den letzten Termin zur Waffenablieferung auf 24 Stunden fest, nach deren Verlaufe Hausdurchsuchungen stattfinden sollen. Es werden noch 40,000 Gewehre als rückständig angegeben. (Lith. Nachr.)

Prag, d. 15. Nov. Aus zuverlässigen Berichten sind wir im Stande, die Verluste anzugeben, welche das Militär in den Gefechten vom 26. bis 31. Oct. vor und in Wien erlitten hat. Demnach beläuft sich die Zahl der Getödteten auf 189 (14 Offiziere, 175 Mann); der Verwundeten auf 816 (42 Offiziere, 774 Mann); der Vermißten auf 193 Mann. Totaverlust: 1198. (C. Bl. a. B.)

Man spricht in **Krakau** viel davon, daß Krakau zur Hauptstadt des polnischen Theiles Galiziens bestimmt sei, so daß hier ein polnisches Gubernium und ein polnischer Landtag, in Lemberg aber ein ruthenisches Gubernium und ein ruthenischer Landtag ihren Sitz haben sollen. (Bresl. Z.)

Frankreich.

Paris, d. 16. Nov. Der Erzbischof von Paris wird demnächst einen Hirtenbrief erlassen, worin er unter Anordnung von Gebeten für ein glückliches Ergebnis der Wahl am 10. December seinem Clerus die Candidatur Cavaignac's empfiehlt. Die meisten französischen Bischöfe werden ebenfalls Hirtenbriefe erlassen, sich aber zum Theil für L. Napoleon aussprechen. Von Seiten der Prälaten, welche Mitglieder der National-Versammlung sind, erwartet man einen gemeinsamen Ausruf an die französische Geistlichkeit zu Gunsten Cavaignac's. Lamartine soll sich endlich entschlossen haben, von aller Bewerbung um die Präsidentschaft abzusehen und seinen Freunden die Candidatur Cavaignac's ans Herz zu legen.

Fonds- und Geld-Cours.
Berlin, den 20. November.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
St. Schuld-Sch.	3 1/2	74	74 1/2	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	—	90 1/4
Sech. Präm.	—	91 5/8	91 1/8	R. = u. Nm. do.	3 1/2	90 5/8	90 1/4
Scheine.	—	—	—	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Rur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Berliner Stadts-	—	—	—	Pr. Wf. = A. = Sch.	—	—	85 1/2
Obligat.	3 1/2	—	—				
Wstpr. Pfndbr.	3 1/2	—	81 1/2	Frdrichsd'or.	—	13 2/3	13 1/6
Großh. Pos. do.	3 1/2	95 1/4	—	And. Goldm. à	—	—	—
do.	3 1/2	—	77 1/2	5 Thlr.	—	13	12 1/2
Wstpr. Pfndbr.	3 1/2	—	87 1/4	Disconto	—	3 1/2	4 1/2



Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Berl. Anh. Lit.	4	Berl. Anhalt	4
A. B.	78 G.	do. Hambg.	4 1/2 89 1/2 G.
do. Hamb.	4 62 G.	do. Potsd.-M.	4 78 G.
do. St.-Mar.	4 84 3/4 G.	do. do.	5 87 G.
do. Potsd.-M.	4 52 G.	do. Stettiner	5 98 b. u. G.
Mgd. = Hlbst.	4	Mgd. = Leipz.	4
do. Leipziger	4	Halle = Thür.	4 1/2 81 1/4 G.
Halle = Thür.	4 49 G.	Cöln = Mind.	4 1/2 90 G.
Cöln = Mind.	3 1/2 74 1/2 à 75 b. u. G.	Rh. v. St. gar.	3 1/2
do. Aachen	4	d. 1. Priorität	4
do. Bonn = Cöln	4	do. St. = Pr.	4
Düsseld. = Elb.	4	Düsseld. = Elb.	4
Steel. Bohw.	4	Möhl.-Märk.	4 82 G.
Möhl. = Märk.	3 1/2 67 1/2 G.	do. do.	5 94 G.
do. Schweigbhn.	4	do. III. Serie	5 88 1/2 G.
Dschl. Lit. A.	3 1/2 88 1/2 G.	do. Zwiggbhn.	4 1/2
do. Lit. B.	3 1/2 88 1/2 G.	do. do.	5
Cosel.-Derb.	4	Oberschl.	4
Bresl. Freib.	4	Cosel.-Derb.	5
Kraf.-Dbschl.	4 41 B.	Steel.-Bohw.	5
Berg.-Märk.	4 54 b. u. G.	Bresl. = Freib.	4
Starg. = Pof.	4 66 1/4 G.		
Brieg-Reiffe	4		
Quitt. = B.			
Berl. Anh. B.	4 78 b. u. G.		
Mgd. = Wittb.	4		
Nach. = Mastr.	4		
Th. Wb. = Bhn.	4		
Musl. = Db.			
Ludw. = Verb.			
24 Fl.	4		
Pesth. 26 Fl.	4		
Fr. = W. = Ndb.	4 38 7/8 à 39 1/4 b. u. G.		

Leipzig, den 20. November.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zinf.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3 1/2 im 14 1/2 F. von 1000 u. 500 kleiner	—	74 1/2	P. = Obl. à 3 1/2 0/0 Chemn.-R. Eisenb. = Ant. à 10 1/2 4 0/0	97	—
à 4 0/0 do. v. 500 200 à 5 0/0 do. do. kleinere	86 1/2	—	R. pr. St. = Schuld-scheine à 3 1/2 0/0 in pr. St. pr. 100	—	—
Rönlgl. sächs. Land-rentenbriefe à 3 1/2 0/0 im 14 1/2 F. von 1000 u. 500 kleiner	—	100 1/4	R. f. österr. Metall. pr. 150 fl. Conv. à 5 0/0 Lauf. Zinsen à 4 0/0 à 103 0/0 im à 3 0/0 14 1/2 F.	—	—
Act. d. ch. S. = Bait. E. = Co. bis Mich. 1855 à 4 0/0, spät. à 3 0/0 von 100	—	81 1/2	Pr. Frdb'or à 5 1/2 idem auf 100	—	—
Rönlgl. pr. Steuer-Kredit = Kassensch. à 3 0/0 im 20 fl. F. von 1000 u. 500 kleiner	—	75	And. ausl. Louisd'or à 5 1/2 nach geringem Ausmünzungs auf 100	—	12 1/4
Leipz. Stadt-Obligationen à 3 0/0 im 14 1/2 F. von 1000 u. 500 kleiner	88 1/2	—	Conv. = Spec. u. Gld. auf 100 idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	17 1/2
Sächs. erbl. Pfand-briefe à 3 1/2 0/0 von 500	—	76 1/2	Actien d. W. B. pr. St. à 103 0/0	—	—
S. lausiger Pfand-briefe à 3 0/0	—	74 3/4	Leipz. Bank-Actien à 250 1/2 pr. 100	144	—
S. lausiger Pfand-briefe à 3 1/2 0/0 do. à 4 0/0	—	82 1/4	Leipz. = Dresd. Eisenbahn = Actien à 100 1/2 pr. 100	97	—
Leipz. = Dresd. Eisenb.	—	95 1/2	Sächs. = Schles. do. pr. 100	73 1/2	—
			Chemnitz = Risaer do. à 100 1/2 pr. 100	25	—
			Lebau-Zittauer do. pr. 100	20	—
			Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	163	—

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gelde.)

Magdeburg, den 20. November. (Nach Wispehn.)

Weizen	46	51	Serfte	24	25 1/2
Roggen	29	30 1/2	Safer	15	17

Quedlinburg, den 15. November. (Nach Wispehn.)

Weizen	38	48	Serfte	21	26
Roggen	27	30	Safer	13 1/2	18

Rüböl, der Centner 12 1/2 1/2.

Rüböl, der Centner 11 3/4 — 12 1/2.

Leinöl, der Centner 11 — 11 1/2.

Berlin, den 20. November.

Weizen nach Qualität 58—62 1/2.

Roggen loco 27 1/2—30 1/2.

= 82 pfd. pr. Nov. u. Nov./Dec. 28 1/2 Br., 27 1/2 G.

= pr. Frühjahr 30 1/2 1/2 b. u. Br.

Serfte, große, loco 26—27 1/2.

= kleine 24—25 1/2.

Safer loco nach Qualität 16—17 1/2.

= pr. Frühjahr 48 pfd. 17 1/2 Br.

Erbsen, Kochwaare 36—38 1/2.

= Futterwaare 32—34 1/2.

Rüböl loco 11 1/2 1/2 Br., 3/8 à 11 5/12 b. u.

= pr. diesen Monat do.

= Nov./Dec. do.

= Dec./Jan. 11 1/2 1/2 Br., 11 5/12 b. u.

= Jan./Febr. 11 1/2 1/2 Br. u. b. u.

= Febr./März do.

= März/April do.

= April/Mai do.

Spiritus loco ohne Faß 15 1/4 1/2 verk.

= pr. Nov./Dec. 15 1/4 1/2 Br., 15 G.

= pr. Frühjahr 16 2/3 1/2 Br. u. b. u., 16 1/2 G.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 20. November Abends 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 3 Zoll.

am 21. November Morgens 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 3 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 20. November: 24 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 20. bis 21. November.

- Im Kronprinzen: Hr. Dr. med. Böhm, Hr. Lieut. Ziegler u. Hr. Stad. Schneider a. Berlin. Die Herrn. Kauf. Engels a. Darmen, Barth a. Magdeburg, Kirchner a. Mainz.
- Stadt Zürich: Die Herrn. Kauf. Egerott a. Frankfurt, Lemcke a. Gernheim, Müller a. Berlin. Hr. Dekon. Hampe m. Frau a. Redeschin. Hr. Rittergutsbes. v. Darby u. Hr. Partik. Schönherr a. Raumburg.
- Goldnen Ring: Mad. Achilles u. Hr. Kaufm. Längenfeld a. Leipzig. Die Herrn. Kauf. Biedermann a. Weimar, Gildenhagen a. Erlangen.
- Englischer Hof: Hr. Naturforscher Junghuhn a. Ostindien. Hr. Gutsbes. Scharre a. Dessau. Die Herrn. Kauf. Elkan a. Dessau, Wilband a. Hamburg.
- Goldnen Löwen: Die Herrn. Kauf. Zienemann a. Raumburg, Siegert a. Würzburg, Broche a. Mansfeld, Volkmann a. Aschersleben. Hr. Uhrmacher Sebastian a. Schramberg. Hr. Dekon. Treff u. Hr. Lehrer Thewith a. Eckartsberge. Hr. Partik. Gallig a. Braunschweig. Hr. Lieut. Theis a. Breslau.
- Schwarzen Bär: Hr. Dekon. Richter a. Meiningen. Die Herrn. Kauf. Mündel a. Potsdam, Allermann a. Worms. Hr. Musikus Fischer a. Kassel.
- Goldne Kugel: Hr. Arzt Millon a. Hannover. Hr. Mineralist Gebhardt a. Insbruck. Hr. Gutsbes. Kehrung u. Hr. Dekon. Walter a. Braunschweig. Hr. Bürgermstr. Sinning a. Erxleben. Die Herrn. Kauf. Gumper a. Bernburg, Schrepner a. Prag.
- Zur Eisenbahn: Hr. Ingenieur Habicht a. Arensburg. Die Herrn. Kauf. Seifert u. Lohner a. Reichenbach, Lange a. Magdeburg, Reuter a. Leipzig.

Bekanntmachungen.

Steckbrief.

Halle a/S., am 20. November 1848.

In Folge des gestern hier stattgehabten Aufruhrs sollten, wegen Erregung desselben in hochverrätherischer Absicht, die nachstehend bezeichneten Personen verhaftet werden, sind aber der Ergreifung entgangen. Es wird gebeten, dieselben wo sie sich betreten lassen, zu verhaften und von der Verhaftung Nachricht zu geben

dem Untersuchungs-Commissarius
Königl. Ober-Landesgerichts,
Director Schulze.

1) Heinrich Wilhelm Ehrlich, stud. theol. aus Erleben bei Querfurth,

Alter: 21 Jahre,
Größe: 5 Fuß 4 Zoll,
Haar: braun,
Stirn: hoch,
Augenbrauen: braun,
Augen: blau,
Nase: stumpf,
Mund: gewöhnlich,
Bart: braun,
Kinn: rund,
Gesicht: voll,
Gesichtsfarbe: bleich,
Besondere Kennzeichen: trägt eine Brille.

2) Theodor Friedrich Wilhelm Pöschke, früher stud. theol. aus Böschken bei Merseburg,

Alter: 23 Jahre,
Größe: 5 Fuß 7 1/2 Zoll,
Haar: blond,
Stirn: hoch,
Augenbrauen: blond,
Augen: blau,
Nase: stumpf,
Mund: gewöhnlich,
Kinn-, Backen- und Schnurbart: blond,
Kinn: } oval,
Gesicht: }
Gesichtsfarbe: bleich,
Besondere Kennzeichen: keine.

3) Adolph Kaulfuß, stud. med. aus Posen,

Alter: 22 Jahre,
Größe: 5 Fuß 2 1/2 Zoll,
Haar: braun,
Stirn: frei,
Augenbrauen: braun,
Augen: blau,
Nase: } klein,
Mund: }
Kinn-, Backen- u. Schnurbart: braun,
Kinn: rund,
Gesicht: voll,
Gesichtsfarbe: bleich,
Besondere Kennzeichen: keine.

Die Nationalversammlung hat in ihrer außerordentlichen Sitzung vom 15. d. M. (im Hôtel Nielsen) im Wesentlichen beschlossen:

daß vom 17. d. M. an das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sein solle, Staatsgelder zu verwenden und Steuern zu erheben.

Da ich zu jener Sitzung eine Einladung nicht erhalten hatte, eine solche auch nicht erwarten konnte, nachdem der Präsident der Nationalversammlung in der Sitzung vom 14. d. M. (im Stadthause) erklärt hatte, daß er es mit der Würde der Vertreter der Nation nicht vereinbar halte, nach wiederholter Behinderung durch Militairgewalt weitere Versuche zum Zusammentreten und Tagen zu machen, so fand ich nebst mehreren gleichgesinnten Abgeordneten mich außer Stande, meinen Widerspruch gegen die Maßregel der Steuerverweigerung in der Sitzung selbst geltend zu machen. Ich habe daher nicht nur dem Präsidenten der Nationalversammlung sofort eine Erklärung wegen meiner Abwesenheit überreicht, sondern fühle mich auch verpflichtet, meinen Wählern hierdurch noch besonders zu erklären:

daß ich die Nationalversammlung nicht berechtigt halte, die Befugniß zur Verweigerung gesetzlich bestehender Steuern zu decretiren, gültige Gesetze einseitig aufzuheben oder zu suspendiren, der Regierung die Erfüllung rechtlich übernommener Verpflichtungen unmöglich zu machen, thatsächlich und rechtlich die Auflösung des Staats, die Vernichtung jeder Regierungsgewalt auszusprechen;

daß die Nationalversammlung somit nach meinem wohlwogenen Dafürhalten durch diesen Beschluß den bisher behaupteten Standpunkt des passiven Widerstandes auf dem Boden des Rechtes und des Gesetzes verlassen hat;

daß endlich — auch von dem Rechtspunkte abgesehen — die Maßregel der Steuerverweigerung durch die obwaltenden Umstände überhaupt nicht gerechtfertigt, unpatriotisch und unheilvoll für das Land ist.

Um ein Ministerium zu stürzen, wird die Macht, die Geltung, die Existenz des Vaterlandes auf das Spiel gesetzt, während einem großen Volke gegenüber, welches seiner Freiheiten und Rechte sich bewußt und dieselben durch alle gesetzlichen Mittel zu behaupten fest entschlossen ist, welches überdem in dem ganzen deutschen Volke einer moralischen, in der Reichsgewalt einer eingreifenden Unterstützung gewiß sein darf, keine Macht der Erde eines auch nur kurzen Sieges sich erfreuen kann.

Vertraut mit mir der Macht des freien Geistes und der unwiderstehlichen Kraft der Wahrheit und des Rechtes.

Berlin, den 16. November 1848.

Der Abgeordnete Seydel.

In der Schwetschke'schen Sortiments-Buchhandlung (C. E. M. Pfeffer) ist zu haben:

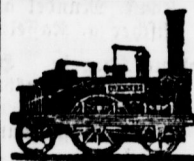
Der wohlervirte und elegante

Kaffeetisch,

oder Angabe alles dessen, was zur Bereitung eines vorzüglichen Kaffees zu wissen nöthig ist, nebst Beschreibung und Abbildung der neuesten und bewährtesten Kaffee-Kochapparate und einem Anhange verschiedener ausgewählter Recepte, auch für Punsch. In sehr eleganten, vignettirten und illustrierten Umschlag geb.

Preis 12 1/2 Sgr.

Der Kaffee ist ein magen- und nierenstärkendes, zugleich geistregendes Genußmittel für Arme und Reiche, dessen sich Millionen erfreuen, ohne daß sie auch nur eine Idee davon haben, wie wenig sie ihn in obigen Beziehungen genießen, und wie unweit größer dagegen ihr Genuß sein würde, wenn man sich dabei einer vernünftigeren Methode befleißigte. Diese mitzutheilen und allgemein zu machen, das Beste, was Literatur, Erfahrung und herumreisende Arcanisten nur irgend bieten, zu prüfen und zusammenzustellen, ist die Aufgabe dieser artigen kleinen Schrift, deren leichter Ankauf jedem Liebhaber einer wohlgeschmeckenden Tasse Kaffee die angenehmsten Dienste leisten wird.



Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Umlaufende Gerüchte, als sei durch den für Berlin erklärten Belagerungszustand der Verkehr auf unserer Bahn theilweise gehemmt oder beschränkt, veranlassen uns zu der Bekanntmachung, daß nur Sendungen von Waffen und Munition nach Berlin zur Zeit untersagt sind, im Uebrigen aber der Personen- und Güterverkehr unbehindert ist.

Berlin, den 18. November 1848.

Die Direction.

Für Sicht- u. Rheuma-Leidende.

Von den in fast allen Ländern Europa's rühmlichst bekannten, von der medizinischen Facultät zu Wien und von vielen Sanitäts- Behörden, renommirten Aerzten und Chemikern geprüften und empfohlenen

Goldberger'schen Kaiserl. Königl. patentirten galvano-electrischen Rheumatis- mus-Ketten

à Stück mit Gebrauch's-Anweisung 15 Sgr., stärkere Sorten 1 Rthlr. und 1 Rthlr. 15 Sgr.



befinden sich in

Alsleben a/S. bei Herrn F. G. Meise,
 Aken a/G. bei Herrn Theodor Schmidt,
 Ascherleben bei Herrn S. F. Lindemann,
 Artern bei Herrn F. A. Lage,
 Bernburg bei Herrn Fr. Kahle,
 Calbe a/S. bei Herrn Fr. Görcke,
 Cönnern bei Herrn Adelbert Löffler,
 Cöthen bei Herrn W. Fitzau,
 Delitzsch bei Herrn Fr. Naumann,
 Dessau bei Herrn S. Döring,
 Eilenburg bei Herrn Ludwig Neß,
 Eisleben bei Herrn Anton Wiese,
 Erfurt bei Herrn N. Roskoten,
 Gardelegen bei Herrn L. Sommer,
 Genthin bei Herrn Rud. Schneider,
 Gerbstedt bei Herrn Wilh. Krumme,
 Halberstadt bei Herrn J. C. Pexold,
 Halle a/S. bei Herrn Franz Laage,
 Lohburg bei Herrn Apoth. Hornemann,
 Löbejün bei Herrn C. W. Pitschke,

Magdeburg bei Herrn S. Düring,
 Merseburg bei Herrn Louis Garcke,
 Mühlhausen bei Herrn Fr. Stözel,
 Naumburg bei Herrn C. F. Schulze,
 Nordhausen bei Herrn Ferd. Förstemann,
 Quedlinburg bei Herrn A. W. Reinking,
 Querfurt bei Herrn Herrn. Hofmann,
 Ranis bei Herrn Carl Scheuermann,
 Sangerhausen bei Herrn Schmidt & Töttler,
 Salzwedel bei Herrn S. Behrend,
 Stendal bei Herrn Wilh. Erich,
 Stolberg bei Herrn Apoth. Marschhausen,
 Torgau bei Herrn Gustav Liebo,
 Weisensfels bei Herrn C. F. Suesz,
 Wettin bei Herrn Theod. Schreiber,
 Wittenberg bei Herrn F. A. Haberland,
 Wolmirstadt bei Herrn C. F. Troch,
 Zeitz bei Herrn C. F. Jahn,
 Zerbst bei Herrn C. Rißer.

einzig und allein in diesen Orten stets Lager. Die schnelle und sichere Heilkraft der Goldberger'schen Ketten gegen rheumatische, gichtische und nervöse Uebel aller Art, als:

Kopfgicht, Gesicht- und Halsweh, Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederwehen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Harthörigkeit u. s. w.

ist wohl so bekannt, daß sie nicht weiter empfohlen zu werden braucht und sind namentlich die, in einer gedruckten Brochüre zusammengestellten, attestirten Erfahrungen und äußerst günstigen Zeugnisse von mehr denn Zwei Hundert geachteten Aerzten und glaubwürdigen Privatpersonen über die überraschenden Heilungen, welche durch die Goldberger'schen Ketten bewirkt wurden, die beste Bürgschaft für deren Nützlichkeit und Bewährtheit und wird diese Actesammlung in meinen sämtlichen Niederlagen gratis ausgegeben. —

Da meine Ketten bereits vielfach nachgebildet und anderweitig ausgedoten werden, so bitte ich darauf zu achten, daß jede k. k. patentirte Goldberger'sche galvano-electrische Kette auf der Vorderseite ihres Etuis meinen Namen und auf der Rückseite den k. k. östreich. Adler und das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt.

J. E. Goldberger in Tarnowitz, im Oberschl. Bergbezirk,
 k. k. privil. Fabrik von electro-magnetischen Apparaten.

In der Schweitsche'schen Sort.-Buchh. (Pfeffer) in Halle, so wie in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Allgemeines Kochbuch

für die bürgerliche Küche von Sophie Albrecht.

Enthaltend die Zubereitung von 30 Suppen, 8 Einlagen in Suppen, 12 Kaltschalen, 36 Fleischspeisen, 36 Gemüsen, 25 Milch-, Mehl- und Eierspeisen, 9 Fischspeisen, 20 Braten, 30 Saucen, 15 Salaten, 12 Compots, 21 kalten und warmen Getränken, 7 Sorten Backwerk und verschiedenem Eingemachten. Nach 71/2 Jg. 3te Aufl. geb.

Wir erlauben uns darauf aufmerksam zu machen, daß wir jetzt einigen Vorrath von

Bürger-Militairgewehren besitzen, die wir zu billigen Preisen verkaufen.

Leipzig, d. 17. November 1848.

Sellier & Comp.

Grüne und weiße Reifstangen von 5—15 Fuß Länge, weiße und grüne Korbweiden verkauft zu den billigsten Preisen
 Halle, Weingärten. Elisch.

Hauptversammlung

der vereinigten Müllergesellen des Regierungs-Bezirks Merseburg Sonntag den 26. Nov. 1848
in der goldenen Egge zu Halle.

Durchsicht der Statuten und Abgabe derselben sowohl an den Wohlbl. Magistrat zu Halle als auch an die Königl. Regierung zu Merseburg. Im Auftrage des Vorstandes: H. Richter.

Der constitutionelle Club des Saalkreises hat folgende Adresse an die Nationalversammlung erlassen:

Hohe Nationalversammlung!

Je entschiedener wir die Rechtsverwahrung der hohen Versammlung und ihre würdevolle Haltung gegen die einseitig befohlene und thatsächlich ausgeführte Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung gut hießen, so erklären wir doch eben so entschieden, daß die Nationalversammlung sich in diesem passiven, geseligen Widerstande halten mußte. Statt dessen ist dieselbe zu einem activen Widerstande fortgeschritten und hat dadurch seinen Kampf mit dem Ministerio in das Volk hineingeschleudert, und so drohende Gefahr zum Ausbruche eines Bürgerkrieges heraufbeschworen, dessen letzter Ausgang das Verderben der Krone und des Volkes sein muß. Einen solchen Schritt aber verbietet schon der Patriotismus, den wir vor Allem von jedem Volkvertreter als die Grundbedingung seines Handelns fordern, wie fest der Deputirte auch anderweitig von seinem Rechte überzeugt sein mag. —

Durch einen passiven Widerstand, von der Zustimmung des Landes getragen, stand die Nationalversammlung dem Ministerio wahrhaft gebietend gegenüber, denn der Tag mußte unwiderruflich kommen, wo das Ministerium vor der Versammlung Rechenschaft ablegen mußte über jedes seiner Schritte.

Wir können deshalb alle Schritte der Nationalversammlung, die über diesen passiven Widerstand hinausgehen, nur mit allem Ernste mißbilligen und die Nationalversammlung auffordern, daß sie zur Besonnenheit und Mäßigung zurückkehre, wozu ihr der Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung den besten Weg anbahnt.

Giebichenstein bei Halle, d. 20. Novbr. 1848.

Der constitutionelle Club des Saalkreises.

(gez.) Fubel, Ordner.

Protest.

Ein Theil der preussischen National-Versammlung hat der königlichen Botschaft vom 8. dieses Monats zuwider, wodurch die Versammlung vertagt und nach Brandenburg verlegt worden ist, seine Berathungen in Berlin fortgesetzt und meint in der Stimmung des Landes eine Stütze für seinen Widerstand

zu finden. Unfre Zustimmung hat jedoch dieser Widerstand nicht, wir müssen uns vielmehr gegen denselben hierdurch nachdrücklichst und feierlichst verwahren.

Wir erkennen in der königlichen Botschaft eine durch die Umstände vollständig gerechtfertigte, ja gebotene Maßregel, zu welcher der Regierung so wenig die Befugniß bestritten werden kann, daß wir sie vielmehr dazu für verpflichtet halten müssen. Denn die Versammlung war nicht mehr frei in ihren Berathungen. Den Beweis liefern die immer drohenden Zusammenrottungen frecher Pöbelmassen vor den Thüren der Versammlung, die unter diesem Einflusse erfolgten Abstimmungen und die Erklärungen einzelner Abgeordneten in der Versammlung selbst. Diesem unheilvollen Zustande, in welchem an eine besonnene und würdige Grundlegung zu einer Verfassung nicht zu denken war, mußte, wie auch schon viele Stimmen im Lande verlangt hatten, ein Ende gemacht werden. Zunächst wäre dies freilich Sache der Versammlung selbst gewesen. Da sie aber hierzu linker Seits nicht den Willen und rechter Seits nicht die Kraft hatte, so war die Regierung dem Lande schuldig, es zu thun. Ein Widerstand gegen diese in jedem constitutionellen Staate der Krone zustehende Maßregel ist aber nicht nur rechtlich unbegründet, sondern er ist auch unpolitisch, weil er der zum Schaden für das Land schon so lange verzögerten Vereinbarung der Verfassung mit der Krone ein neues unerwartetes Hinderniß in den Weg legt und zu den unseligsten der Entwicklung constitutioneller Freiheit unter allen Umständen nachtheiligen Conflicten führt. Mit diesem Widerstande überschreitet aber auch die Versammlung die Grenzen ihres Berufs. Ihr Beruf ist, die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, aber nicht, über Rechte der Versammlung, die noch nicht festgestellt und nicht einmal materiell erheblich sind, zum Schaden des Landes Krieg mit der Krone zu führen.

Wir protestiren daher gegen diesen Widerstand, und verlangen dringend, daß derselbe zum Besten des Landes aufgegeben werde, daß vielmehr die Versammlung ihrem Berufe zur Vereinbarung mit der Krone in Brandenburg mit besserem Erfolge, als es bisher in Berlin möglich war, nachkomme.

Naumburg a/S., den 15. November 1848.

Der constitutionelle Club.

Bei T. D. Wegel in Leipzig ist eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Vorlesungen

über

Schleiermachers Dialektik und Dogmatik

von

Dr. Georg Weisenborn,

Privatdocenten der Philosophie an der Universität Halle-Wittenberg.

Zweiter Theil: Darstellung und Kritik der Schleiermacherschen Dogmatik.

Zum Gesellschaftstag

Mittwoch den 22. d. mit pilschen Pfannkuchen ladet ein Ratsch in Bülberg.

Sehr fitte Kleier Spreeten à H 6 1/2 Jg,

wie auch Kleier Spreckbüdinge à Stück 8 1/2 bis 1 1/2 bei G. Goldschmidt.

An die Halle'sche Bürgerwehr.

Bereits am 17. d. M. habe ich schriftlich die Niederlegung als Führer eines Bataillons, dem Herrn Oberst v. Geusau unter Beifügung der Gründe, eingereicht.

Da dies jedoch bis jetzt Niemanden bekannt geworden ist, so sehe ich mich zu dieser Erklärung hiermit veranlaßt.

Ich danke allen Theilen, namentlich dem 1sten Bataillon der hiesigen Bürgerwehr für das mir bisher bewiesene Vertrauen, und werde solches stets zu ehren wissen.

Rißche, Major a. D.

Sebanersche Buchdruckerei.

Mittwoch, den 22. November 1848.

Deutschland.

Frankfurt, d. 18. Nov. (118. Sitzung der constituirten deutschen Reichsversammlung. Tagesordnung: Berathung über den Antrag des Abg. v. Rappard, die preussische Angelegenheit betreffend; Ergänzungswahl zweier Mitglieder für den Verfassungsausschuss, Berathung über Art. VI. des Verfassungsentwurfs.) Reichsminister v. Schmerling macht der Versammlung die Mittheilung, daß der Unterstaatssecretär H. Bassermann gestern Abend von seiner Mission von Berlin zurückgekehrt sei, und daß derselbe alsbald im Hause erscheinen werde, um über seine Sendung Bericht zu erstatten. Da es aber als dringend nothwendig sich erweise, daß die Centralgewalt in diesem Augenblicke zu Berlin vertreten sei, so würden die Abgeordneten Vicepräsident Simson und Hergenhanh noch im Laufe des heutigen Vormittags nach Berlin abgehen, um im Auftrage der Centralgewalt im Sinne des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. d. zu wirken. (Bravo!) Der Tagesordnung gemäß wird zur Berathung über den Antrag des Abgeordneten v. Rappard und Genossen geschritten. Der Antrag lautet: „In Erwägung, daß die Nationalversammlung unterm 14. November folgenden Beschluß gefaßt hat: Die Reichsversammlung erklärt in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln, daß sie es für nöthig erachte: 1) die königlich preussische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen; 2) daß die preussische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Beforgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist; in Erwägung, daß der Reichscommissär Bassermann nicht nur nicht im Sinne dieser Beschlüsse gehandelt, sondern, wie bereits constatirt ist, der vermittelnden Absicht unseres Beschlusses entgegen, sich auf die Seite der Krone gestellt, und die von der Regierung derselben eingeschlagene Richtung gebilligt hat; in Erwägung, daß inzwischen von dieser Regierung folgende am 14. d. M. noch nicht zur Kenntniß der hohen Nationalversammlung gekommenen Maßregeln getroffen worden sind: 1) die gewaltsame Auseinandersetzung der preussischen Nationalversammlung, und die Erklärung, daß deren jetzige Beschlüsse ungültig seien, 2) die Auflösung der Bürgerwehr, 3) der trotz des würdigsten und ruhigsten Verhaltens über die Stadt Berlin verhängte Belagerungszustand und die Besetzung und Cernirung der Stadt mit Militärmasse, 4) die Unterdrückung der freien Presse und des Associationsrechts, 5) der Beschluß, die Bürgerwehr mit Gewalt zu entwaffnen; in Erwägung, daß andererseits das ganze Land, mit Ausnahme weniger kleinen Städte, durch Adressen und Deputationen seine Uebereinstimmung mit dem Verhalten der preussischen Nationalversammlung erklärt hat, und der Aufstand gegen die Gewalt Herrschaft der Regierung in allen Provinzen loszubrechen droht,

insbesondere die Bürgerwehr in Berlin zum größten Theil der gewaltsamen Entwaffnung Gewalt entgegenzusetzen beschloffen hat, viele tausend Arbeiter unter den Waffen dem Ausbruch des Kampfes entgegen sehen, daß somit vielleicht jetzt schon dasselbe Verhängniß Berlin bedroht, welches Wien betroffen hat; in endlicher Erwägung, daß unter diesen Umständen das entschiedenste, kräftigste Einschreiten der Nationalversammlung und Centralgewalt eintreten muß, wenn nicht das Land in namenloses Unglück gestürzt und das Ansehen der deutschen National-Versammlung ganz und gar der Vernichtung Preis gegeben werden soll; aus allen diesen Gründen beantrage ich: Die hohe National-Versammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern: 1) den Reichscommissär Bassermann sofort einzuberufen; 2) gleichzeitig eine Reichscommission mit dem Auftrage nach Berlin abzuschicken: alle Mittel anzuwenden, um einen gewaltsamen Zusammenstoß der Militairgewalt mit dem Volke zu verhüten; 3) die preussische Regierung zu nöthigen, die von der preussischen Landesversammlung für gesetzwidrig erklärten Verfügungen zurückzunehmen, namentlich die Vertagung und Verlegung der preussischen Landesversammlung, die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, den Belagerungszustand der Stadt Berlin, die Beschränkung der freien Presse und des Associationsrechts.“ Schulze aus Darmstadt stellt hierzu folgenden Unterantrag: „Die National-Versammlung beschließt: 1) die unverzügliche Verpflichtung sämtlicher Reichstruppen zur Treue und zum Gehorsam gegen die Reichsgewalt; 2) das Zusammenziehen von Reichstruppen, um allen Eventualitäten in Preußen und Oesterreich gewachsen zu sein und um die Ostgrenze des Reiches zu sichern; 3) dem Reichsministerium aufzugeben, den Beschluß der Reichsversammlung vom 15. Juli, die Vermehrung des deutschen Volksherees betreffend, auszuführen; 4) den Wehrausschuß zu veranlassen, binnen zweimal 24 Stunden Vorlage zu machen über die Vorkehrungen zur Organisation der Bewaffnung eines Volksherees; 5) dem Finanzausschusse den Auftrag zu ertheilen, binnen zweimal 24 Stunden über die Herbeischaffung schleuniger Hülfsmittel zu berichten zur Deckung der zur Organisation des Volksherees nothwendigen Ausgaben.“ Bogt und Genossen beantragen: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß die Wahl des Unterstaatssecretärs Bassermann zum Reichscommissär als eine verfehlt gemißbilligt werde, und daß das Verhältniß der preussischen Regierung zur Berliner Nationalversammlung auf die vor der Bildung des Ministeriums Brandenburg bestandene Grundlage zurückzuführen sei.“ Zur Theilnahme an der Berathung über diesen Gegenstand haben sich elf Redner für und ebensoviel gegen den Rappard'schen Antrag einschreiben lassen. v. Rappard: Ich glaube, daß bei der heutigen Berathung alle Parteianfichten schwinden werden. Wir Alle suchen Rath und Hilfe für das Vaterland. Zur Begründung meines Antrags habe ich nur wenig Worte zu sagen. Die preussische Regierung, welche so lange mit unbegreiflicher Schwäche gehandelt, hat sich plötzlich gegen die gesetzliche Landesversammlung erklärt. Alle Städte des Landes haben es ausgesprochen, daß die Nationalversammlung im Recht,

die Krone aber im Unrecht sei, und dennoch steht letztere bewaffnet da. Unsere Aufgabe ist es, Hand in Hand mit jener Versammlung zu gehen. Mögen die Fürsten Hader unter sich erregen, unter uns Vertretern darf keine Entzweiung stattfinden. Seien wir einig und treten wir vor den wankenden Thron mit dem Rufe: Halt ein, dein Schlag gilt uns, wie dir! Erhebt sich die Stimme der Reichsversammlung, so wird Versöhnung zwischen Volk und Krone eintreten. Ich liebe die Republik wie Einer; aber ich weiß, daß das preussische Volk ein erbliches Königthum will, und zwar in den Gliedern des Hauses Hohenzollern. Darum will ich mit meinen Freunden in Berlin die constitutionelle Monarchie. Jede Schranke des Mißtrauens muß fallen. Aus Ueberzeugung und aus Mitleid für die verfolgten Vertreter des Volks, sage ich zu meinen Anträgen das Amendement: die Nationalversammlung wolle ihre Sympathieen für die preussischen Volksvertreter aussprechen. Ueber Herrn Bassermann habe ich nur wenig zu sagen. Ehre dem Manne, der früher so kräftig für die Freiheit einstand, aber wir sind der Meinung, daß derselbe hinter der Märzrevolution zurückgeblieben ist. Bassermann, welcher inzwischen in der Versammlung erschienen ist, besteigt die Tribüne: Ich danke dem Vorredner, daß er meinem und meiner Freunde Streben wenigstens doch noch eine gute Absicht unterlegt. Ob wir hinter der Zeit zurückgeblieben sind, wird die Zeit lehren; sie wird es zeigen, ob sie, oder ob wir die wahre Grenze richtig erfaßt haben. Auf seine Wirksamkeit zu Berlin und auf die Gründe seiner Zurückkunft übergehend, setzt der Redner die gegenwärtigen Berliner Zustände als bekannt voraus, ebenso, wie weit es in der preussischen Hauptstadt mit der Freiheit gekommen und welche Widersprüche zwischen Regierung und Landesversammlung entstanden seien. Sollte die deutsche Einheit herbeigeführt werden, so müsse die Freiheit der Berathungen gesichert sein. Um auf beiden Seiten zu wirken, fährt der Redner fort, und um das Verhältniß der preussischen Regierung zur Centralgewalt näher zu erörtern, sandten mich meine Collegen nach Berlin. Wie es mit der Freiheit der Berathungen der Landesversammlung stehe, vernahm ich schon zu Dessau. In der Nähe der Hauptstadt hörte ich von weiteren Maßregeln, von der Bildung des Ministeriums Brandenburg und von der Vertagung und Verlegung der preussischen Nationalversammlung. Mit welchen Erwartungen ich in Berlin einfuhr, können Sie sich denken. Ich gestehe, daß die Bevölkerung, welche ich in der Nähe des Ständesaals fand, mich erschreckt; Gestalten befanden sich unter ihr, die ich nicht schildern will. Ich besuchte den Sitzungsaal, in welchem ein Theil der Landesversammlung ihre Berathung fortsetzte. Es wurde mir klar, daß der tiefste Zwiespalt, die größte Gefahr drohen mußte, wenn die Sachlage nicht eine andere Wendung nahm. Ich setzte mich ins Einvernehmen mit mehreren Mitgliedern dieser Versammlung, mit einem Theile der Bürgerschaft und ich empfing die Besuche eines Abgesandten der demokratischen Clubs. So war es mir möglich, ein richtiges Bild über Berlin zusammenzufassen. Der Zustand der Stadt spiegelte sich namentlich in den Erzeugnissen der Presse ab. Dort ist die freie Presse nicht das, was wir darunter zu verstehen gewohnt sind. (Der Redner beweist dies durch Thatsachen u. a. durch das literarische Product, „der Traum der Republik“.) Mitglieder der Rechten haben nur dem Zufalle ihr Leben zu verdanken. Vor dem Sitzungslocale, dem Schauspielhause, war die rothe Fahne aufgepflanzt. Ein Volksredner forderte die Menge auf, kurze Messer und Beile mitzubringen, weil man damit den Mann besser finden könne, und am nächsten Abend waren Beile in vielen Händen zu sehen. Man rief nach den Abgeordneten, wo ist dieser, wo ist jener? Die Vertreter entgingen oft nur durch

Wist oder durch Dienstleistung eines Freundes der Lebensgefahr, die um so größer sich darstellte, als die größte Straflosigkeit herrschte. Dreimal verlangte die Rechte Schutz gegen solche Bedrohungen und einmal wurde derselbe ihr verweigert. Ich habe sodann die Minister gesprochen, und dieselben in einer Fassung und Ruhe gefunden, die mich erstaunte. Sie erklärten, wie sie zu der Entscheidung gekommen, dem Ruf der Krone zu folgen, um die erforderlichen Maßregeln durchzuführen. Die Beziehungen der Centralgewalt zu den preussischen Regierungen nach ihren einzelnen Punkten zu durchgehen, war unter diesen Umständen unmöglich. Die Zeit der Minister war völlig in Anspruch genommen, jeder Augenblick erforderte Handlungen. Diesen Theil meiner Sendung mußte ich also vertagen. Als ich meine Befürchtungen kund gab, ertheilte man mir die Versicherung, daß an das, was Reaction genannt werde, nicht zu denken sei, und ich füge hinzu, daß ich zur Ausführung eines Planes Niemanden, am allerwenigsten diese Männer für so wahnsinnig halte. Ueber das Mißtrauen gegen das Ministerium konnte ich keine Thatsache erfahren, Niemand konnte mir eine solche nennen, und über den ehrenhaften Privatcharakter des Grafen Brandenburg und des Minister Mantuffel herrscht kein Zweifel; und es ist gewiß, daß sie Alles thun, um ihren Worten zu entsprechen. Am nächsten Tage begab ich mich zum König. Es ist wohl nicht Sitte, mitzutheilen, worüber man mit einem Monarchen conferirt. Doch glaube ich sagen zu dürfen, wie ich den König im Allgemeinen getroffen habe. Ich fand ihn deutscher gesinnt, als ich geglaubt. Während die preussische Landesversammlung in Bezug auf Posen einen Beschluß gegen uns faßte, ist der König entschlossen, den Beschluß der Reichsversammlung auszuführen. Ich fand ihn in einer Ruhe, in welcher er es als seine Pflicht ansah, nicht bloß Preußen, sondern Deutschland und seine Gefittung vor dem Untergange zu retten. Ich fand ihn merkwürdig gefaßt auf Alles, und auf das Aeußerste entschlossen. Ich verhehlte ihm meine Befürchtungen vor dem Eintreten der Reaction in Folge der Durchführung seiner Anordnung nicht. Allein seine Mittheilungen gaben mir nicht den mindesten Grund, diesen so allgemein verbreiteten Befürchtungen noch Raum zu geben. Ich kehrte nach Berlin zurück, wo inzwischen ein Theil der Nationalversammlung ihre Berathung fortsetzte und General Wrangel eingezogen war. Die Stadt hatte ein verändertes Ansehen genommen. (Widerspruch links) Ich spreche aus, was ich gesehen, mögen Sie denken, was Sie wollen. (Bravo!) Nach dem Einmarsch der Truppen war die Bevölkerung eine andere geworden, von ganz anderen Personen waren die Straßen belebt. Ein lang entbehrtes Gefühl war bemerkbar. Obwohl ich keinen offiziellen Auftrag hatte, so hielt ich es doch für meine Pflicht, zur Beilegung des Conflicts einen Versuch zu machen. Ich begab mich zu dem Präsidenten v. Unruh; doch der Versuch mißlang. Er weigerte sich mit der Erklärung, eine solche Vermittlung würde nicht angenommen. Auch mit Grabow schlugen solche Unterhandlungen fehl. Aussprechen aber muß ich es, unter welchen Bedingungen der zurückgebliebene Theil der Nationalversammlung sich zufrieden erklären gewollt hat. Diese Bedingungen, unter welchen man Frieden schließen wollte, und welche ein Licht werfen auf das, was hätte kommen können, sind folgende: Verbannung aller Prinzen des königlichen Hauses aus den Grenzen der Monarchie; (Bewegung) Verhaftung Wrangels und der Mitglieder des Ministeriums und Hochverrathprozess gegen dieselben; Unterwerfung des Monarchen unter die Beschlüsse der Versammlung; Entfernung alles Militairs aus Berlin. (Unruhe.) Was ich dagegen geäußert, werde ich nicht nöthig haben, aus-

zuführen. Daß die preussische Versammlung, wenn ihre Beschlüsse Gültigkeit haben sollen, nicht anders als in einem Convent sich zu verwandeln haben würde, war mir um so klarer, als mir Mitglieder aus dem Centrum sagten, daß sie den Berathungen nur deswegen noch beigewohnt, um eine gewalthätige Fraktion vor Schritten zu hüten, deren Folgen nicht abzusehen seien. Auf wie lange Preußen eine Republik geblieben wäre, bleibt in Frage gestellt; die Dauer der Versammlung hatte kein Ziel. Erfolglos habe ich vorgestellt, daß Preußen keine Republik wolle, daß bei Zurückziehung des Militärs die Drohungen der Nationalversammlung nur von Neuem beginnen würden, und daß alsdann vielleicht dasjenige eintreten würde, was der Zufall bisher verhütet habe. Zu spät würde man dann wohl das Militär haben eintreten lassen, und vielleicht den Fehler darauf geworfen haben, daß der Anlaß nicht der rechte gewesen. Besser aber ist es, daß nicht erst Abgeordnete ihr Leben verloren haben und daß dann erst Maßregeln ergriffen worden wären. Wie auch die Lage in Berlin sich gestalten mag, so ist mir doch darüber kein Zweifel, daß keine Vermittlung mehr möglich, daß an eine wohlthätige Fortsetzung der Berathungen nicht zu denken ist. Man denke sich die Proclamationen an den Straßenecken. Auf der einen Seite der Regierungserlaß der Verlegung und Vertagung der Landesversammlung und nebenan der Protest des Präsidenten gegen diese Verfügung; hier die Verkündigung der Auflösung der Bürgerwehr, dort die Erklärung der Nat.-Vers., diese Auflösung sei eine gesetzwidrige; hier ein Anschlag Wrangel's, und dort ein Plakat, welches denselben für vogelfrei erklärt u. s. w. Seien Sie mit mir überzeugt, daß eine Vermittlung unmöglich war, denn es war ein Zustand eingetreten, der entweder mit der Durchführung der getroffenen Maßregeln, oder mit der Annahme der gemachten Bedingungen endigen mußte. Der Eindruck, den ich empfunden habe, ist, daß die Annahme dieser Bedingungen mir ein weit größeres Unglück für Deutschland erschien, weil dies ein Eintreten in eine Bahn gewesen wäre, deren Folgen wir nur bei völliger Erschlaffung sehen würden, während bei den Maßregeln der Regierung, wird auch das Mißtrauen nicht verschwinden, doch eine ruhige Berathung über die preuß. Verfassung stattfinden kann. Eine Vermittlung ist unmöglich, sie ist sogar mit Zeichen des Hohnes zurückgewiesen worden. Von der Berliner Versammlung ist für die wahre Freiheit nichts zu hoffen. Wo man seinen Collegien den Schutz entzieht, da sind keine Früchte der Freiheit zu erwarten. Im Interesse der Freiheit und Einheit kann ich darum auch dem Antrage des Herrn von Rappard, der preussischen Versammlung unsere Sympathien auszudrücken, nicht beipflichten. Weil eine Vermittelung unmöglich war, kehrte ich hierher zurück, nachdem ich den von der Reichsgewalt mir gewordenen Auftrag vollführt hatte. Den Beschluß der Reichsversammlung vom 14. Nov. hielt ich für unfähig auszuführen. Ich kehre zurück, um den Reichsverweser meine Entlassung als Unterstaatssecretär anzubieten. Ich schließe, indem ich noch eine Uebersetzung ausspreche, die auf meiner Reise durch einen beträchtlichen Theil Deutschlands recht lebendig in mir geworden ist: Nehmen Sie die Berathung über die Verfassung rasch, und mehr als rasch vor, ehe es zu spät ist. Dadurch werden Sie dem Vaterland den größten Dienst erweisen. (Beifall rechts und im Centrum.)

Wernher von Nierstein stellt den präjudiziellen Antrag, die Nationalversammlung wolle den Antrag des Abg. v. Rappard und Genossen nebst sämtlichen darauf Bezug habenden Unteranträgen dem Ausschusse für die Verhältnisse der Einzelstaaten zur Centralgewalt zur schleunigen Begutachtung überweisen. Benedey verlangt, daß der Reichskommissair Basser-

mann die Autorität nenne, welche als Bedingung des Friedens zwischen der Berliner Landesversammlung und der preuß. Regierung die Ausweisung der königl. Prinzen aus dem preussischen Staate, u. s. w. gestellt habe; davon hänge die heutige Entscheidung ab. Basser mann erklärt, daß er bereit sei, dem Ausschusse jede Antwort zu ertheilen. Wernher erhält das Wort zur Begründung seines Antrags: Auf eine Kritik der vorliegenden Anträge wolle er nicht eingehen, dieses Recht stehe ihm nicht zu. Er sei deswegen für die Verweisung an einen Ausschuss, weil außer den H. H. Rappard und Basser mann noch andere Personen sich hier befänden, denen die Berliner Zustände aus eigener Anschauung bekannt seien. Dieselben könnten jedoch nicht auf die Tribüne treten, wohl aber von dem Ausschusse als Zeugen vernommen werden. Raveaux ergreift unter dem Beifalle des Hauses das Wort: Er begreife nicht, wie man es wagen könne, in einem so hochwichtigen Momente eine Sache verzögern zu wollen, die zur Entscheidung gekommen sei. Thatsachen sprächen laut, Zeugenverhöre seien somit unnötig. Wo offizielle Thatsachen vorlägen, müsse offiziell gehandelt werden. Berlin stehe auf einem Vulkan, der Beschluß der Versammlung möge darum ein energischer sein, darauf harre ganz Deutschland. Warten Sie nicht mit Ihrem Beschlusse, ruft der Redner, bis die Städte bombardirt, bis Reichstagsabgeordnete getödtet sind! (Bravo!) Es thut Noth, daß Deutschland wisse, in welchem Sinne die Nationalversammlung handelt. Wird die Frage an einen Ausschuss verwiesen, so dürfte leicht die Beschlussfassung als zu spät sich erweisen. Die „faits accomplis“ haben in unserer Zeit eine traurige Rolle gespielt. Zögern wir nicht, nach so vielen traurigen Erfahrungen. Schon hat Deutschland Oesterreich verloren. Werden die vorliegenden Anträge einem Ausschusse übergeben, so dürfte uns inzwischen Preußen verloren gehen. Je nachdem Ihr Votum ausfällt, ist die Republik möglich. Haben Sie Muth, zu beschließen; es wird besser sein, als diese wichtige Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. (Beifall.) Es wird zur Abstimmung geschritten und der Wernher'sche Antrag unter Namensaufruf mit 261 gegen 172 Stimmen zum Beschlusse erhoben. Zimmermann aus Spandow beantragt, daß der Ausschuss für die Verhältnisse der Einzelstaaten zur Centralgewalt aufgefordert werde, sofort zur Berichterstattung zusammenzutreten, damit noch heute Nachmittag die Berathung erfolgen könne, zu welchem Behufe eine um 4 Uhr abzuhaltende Sitzung anberaunt und die gegenwärtige Sitzung geschlossen werden möge. v. Saucken will, daß die Sache mit deutscher Gründlichkeit in die Hand genommen werde (Lachen links); vor Montag könne keine Berichterstattung erfolgen. Zimmermann beharrt auf seinem Antrage. Benedey wirft der Versammlung Mangel an Muth vor. Rieffer weist die Verdächtigung mit Entrüstung zurück, daß in den Motiven der Abstimmung über den gefaßten Beschluß Mangel an Muth liege. (Die Linke beschuldigt den Präsidenten der Parteilichkeit; Herr Rieffer habe das Wort nicht.) Der Vorsitzende weist die Richtigkeit seines Verfahrens auf das Schlagendste nach (Bravo!), worauf Rieffer noch bemerkt, daß die Nationalversammlung bereits einen Beschluß gefaßt habe, um den ungesetzlichen Maßregeln zu Berlin zu steuern; dieser Beschluß (vom 14. Nov.), wodurch die Freiheit, Einheit und Menschlichkeit gewahrt werde, sei das Motiv seiner Abstimmung und derjenigen seiner politischen Freunde gewesen. (Beifall.) Raveaux meint, daß die Nationalversammlung vermöge ihrer Souveränität ihre Beschlüsse widerrufen könne, und beantragt, daß der Rappard'sche Antrag keinem Ausschusse übergeben werde. Der Zimmermann'sche Antrag wird abgelehnt. Wefendonck und mehrere Mitglieder der Linken geben einen Protest zu Protokoll

gegen den zum Beschluß erhobenen Wernher'schen Antrag. Mehrere Anträge der Abgg. Zimmermann aus Stuttgart, Heisterbergh, Levisohn, Wigard u. A., welche die Abhaltung einer außerordentlichen Sitzung zur Berathung über die von dem betreffenden Ausschusse begutachteten Rappard'schen Anträge, theils für heute Abend um 4 Uhr und um 7 Uhr, theils für morgen Vormittag um 9 Uhr beantragen, werden sämmtlich verworfen. v. Rappard, Bogt, Nauwerck und Schulz wollen sofort ihre Anträge zurückziehen, was jedoch nicht für zulässig erkannt wird, da diese Anträge durch Beschlussfassung über den Wernher'schen Antrag Eigenthum der Versammlung geworden sind.

Frankfurt a. M., d. 17. Nov. Der amtliche Theil der Ober-Post-Amts-Zeitung enthält Folgendes:

Der Reichsverweser hat am 15. Nov. d. J. die Errichtung einer provisorischen Centralbehörde, welcher bis zur definitiven Organisation die Leitung des deutschen Marinewesens zustehen wird, in der von dem Reichsministerrathe beantragten Weise genehmigt. Die provisorische Centralbehörde für die deutsche Marine wird aus einer Abtheilung für die Marineverwaltung im Reichsministerium des Handels und aus einer technischen Marinecommission bestehen.

Jener Abtheilung ist die Gründung der Marine, die eigentliche Verwaltung, das ganze Rechnungswesen zugewiesen, sie entscheidet nach Anhörung der technischen Commission über den Ankauf von Schiffen, von Schiffbau- und Ausrüstungsmaterialien, über die Abschließung von Verträgen, welche den Bau von Kriegsschiffen betreffen, und über die Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenalen; sie hat die Anstellung von Beamten und Commissarien zu billigen oder abzulehnen, Sendungen und Besichtigungen anzuordnen und die Gehalte, Belohnungen und Kosten, welche hierdurch verursacht werden, zu bestimmen.

Der technischen Marinecommission kommt es zu, Gutachten über alle technischen Fragen zu erstatten; Anträge an die Abtheilung für die Marineverwaltung in Beziehung auf die Anschaffung von Schiffen und Gegenständen zu deren Bau und Ausrüstung, sowie hinsichtlich vorzunehmender Besichtigungen und Sendungen zu stellen; die zu Geschäften, welche technische Befähigung erfordern, tauglichen Personen vorzuschlagen; die deutschen Häfen zu untersuchen, in wie fern sie zu Anlegung von Kriegshäfen, Werften und Arsenalen sich eignen; insbesondere endlich einen Plan für die definitive Einrichtung der deutschen Marine und die künftige Gestaltung der Marinebehörden auszuarbeiten.

Der Reichsminister des Handels ist mit der Einrichtung der provisorischen Centralbehörde für die deutsche Marine beauftragt worden, welche unter seiner Verantwortlichkeit thätig sein wird. Der Vorsitz in der technischen Marine-Commission ist dem Prinzen Adalbert von Preußen übertragen.

Der Erzherzog-Reichsverweser hat in Folge der am 16. d. M. abgehaltenen Revue über die hier befindlichen Reichstruppen folgenden Tagesbefehl erlassen:

Soldaten!

Mit freudiger Genugthuung habe ich heute in Euren Reihen jene kriegerische Haltung, welche Zeugniß giebt von Eurer gebiengen Ausbildung, und einen sehr befriedigenden Zustand Eurer Waffen und Ausrüstung gefunden. Höher aber schlug mein Herz, als ich in Eurem geschlossenen Heerhaufen die Vertreter so vieler edler deutscher Volksstämme in der innigsten brüderlichen Eintracht zu Einem Ganzen verbunden und so zu-

gleich das Bild deutscher Einheit und deutscher Kraft dem Vaterlande vor Augen geführt sah. Mit Stolz drücke ich Euch meine volle Zufriedenheit aus, fest darauf vertrauend, daß die Bande der Einigkeit, der Disciplin und des Gehorsams sich niemals unter Euch lockern, sondern Euch und hierdurch das deutsche Vaterland, in welchem Ihr zu Stützen der gesetzlichen Ordnung und der gesetzlichen Freiheit nach Innen und der ehrenvollen Unabhängigkeit nach Außen berufen seid, immer inniger zusammenknüpfen werden.

Frankfurt a. M., d. 16. Nov. 1848.

(gez.) **Erzherzog Johann.**

Der Reichsminister des Krieges (gez.) v. Peucker.

Kendensburg, d. 14. Nov. Bei der heute abgehaltenen Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung statt des ausgetretenen Herrn v. Neergaard fielen auf den ehemaligen Präsidenten der provisorischen Regierung, Herrn H. W. Beseler, 913 Stimmen, und auf Herrn Th. Olshausen 491 Stimmen. In den Bezirken Raumort, Jevensstedt und Kellinghusen im Amte Kendensburg erhielt Herr Beseler 365 Stimmen, Herr Olshausen 10 Stimmen, so daß, da dem Vernehmen nach die Bezirke Rortorf, Hohenwestedt und Schenefeldt eben so gestimmt haben, Herr Beseler in Stadt und Amt Kendensburg mit überwiegender Majorität gewählt ist. Hoffentlich wird man in den übrigen Bezirken dafür Sorge tragen, daß die in denselben abgegebene Stimmenzahl bald veröffentlicht werde, da diese Wahl wegen der beiden sich gegenüberstehenden Kandidaten großes öffentliches Interesse erregt. An dieser Wahl kann man die gegenwärtig vorherrschende öffentliche Meinung ziemlich deutlich sondiren, da jeder Wähler ohne Ausnahme die Kandidaten kennt und, wie sie bemerkbar gewesen ist, ganz nach seiner politischen Stimmung und Anschauung seine Wahlstimme abgiebt.

Wien, d. 17. Nov. Laut Nachrichten aus Triest vom 15. Nov. war der sardinische Admiral Albini mit seiner Flotte ganz unerwartet auf der dortigen Rhede eingetroffen. Er hatte die weiße Flagge aufgezogen und sendete gleich einen Parlamentair an den österreichischen Marine-Obercommandanten v. Rudriafsky, welcher sich mit ihm in Verbindung setzte und unmittelbar darauf, wie man versicherte, mit Anträgen des Admirals Albini nach Wien abreiste. Es hieß allgemein, Albini habe Unterhandlungsvorschläge wegen Venedig gebracht.

Graz, d. 10. Nov. So eben ist dem Interimskommandirenden F. M. E. Grafen Spannocchi von dem F. Z. M. Grafen Nugent nachstehendes Dienstschreiben zugekommen: „Heute früh halb acht Uhr hat der Feind die Vorposten der Brigade des Hrn. G. M. Baron Wurits mit großer Uebermacht (beiläufig 5000 Mann und drei Geschützen, 9 Geschütze sollen die Reserve gewesen sein) angegriffen und bis an die Hauptposition gedrückt. Mit Nachdruck empfangen, zog sich der Feind eilig mit Verlust zurück, ließ auch einige Gefangene in unsern Händen. Wir hatten fünf verwundete Soldaten, dann 3 todte Pferde. Die Brigade hat um zwei Uhr die Vorposten wie früher aufgestellt. Großsonntag, am 8. November 1848.“

Ostindien.

Triest, d. 8. Nov. Mit der letzten ostindischen Post langten Zeitungen aus Bombay mit wichtigen Nachrichten an. Ganz Pendschab, nebst den angrenzenden Ländern Multan, Hazareh, Kaschmyr, Nurpur und Peshawar haben sich gegen die britische Herrschaft erhoben.

Bekanntmachung.

Das Corps der Lanciers hat am 19. November sich gegen den ausdrücklichen Befehl des Bürgerwehr-Commando anstatt auf dem Posthose, auf dem Marktplaze aufgestellt, hat demnach, dem Gesetze zuwider, einer ungesetzlichen Volksversammlung beigewohnt, und in derselben sogar ohne alle Veranlassung von der Hieb-, Stich- und Schußwaffe gegen seine Mitbürger Gebrauch gemacht. Da hierdurch leider zahlreiche Verwundungen von Bürgerwehrmännern und andern Personen herbeigeführt sind, so ist wegen dieses schweren Verbrechens die gerichtliche Untersuchung eingeleitet, das Corps der Lanciers selbst aber aufgelöst und seine Entwaffnung angeordnet, zum Theil auch bereits bewirkt.

Wir fordern hierdurch jedes Mitglied des Lanciers-Corps, welches noch Waffen irgend einer Art hinter sich hat, wiederholt auf, dieselben bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen sofort auf dem Polizei-Bureau abzuliefern, und ersuchen unsre Mitbürger, denen die Aufbewahrungsorte von Waffen der Lanciers bekannt sind, uns solche sofort anzuzeigen.

Die Mitglieder des ehemaligen Lanciers-Corps sind bis auf weiteres nicht berechtigt, Waffen zu tragen; diejenigen, welche sich dennoch bewaffnet zeigen, sind durch die dienstthuenden Bürgerwehrmänner, Militairs und Polizeibeamten sofort zu entwaffnen, und auf dem Polizei-Bureau zu sistiren.

Halle, den 21. November 1848.

Der Magistrat.

Das Bürgerwehr-Commando.

A u f r u f.

Alle diejenigen preussischen Staatsbürger, welche die feste Begründung einer constitutionellen Monarchie ernstlich wollen und die Rückkehr zu den vorigen Zuständen (die Reaction) ebenso wenig wie die Errichtung einer preussischen oder deutschen Republik wünschen können; — Alle, welche dem Könige und dem Hause Hohenzollern aufrichtig ergeben sind; — Alle, welche die Ueberzeugung haben, daß König Friedrich Wilhelm IV. sein Wort noch nie gebrochen und es auch künftig halten werde; — Alle, welche selbst wenn sie die Wahl der das jetzige Staatsministerium bildenden Personen in mancher Hinsicht nicht gut heißen, sollten doch die Personen von der Sache zu unterscheiden wissen; — Alle, welche in ihrer Unzufriedenheit mit einzelnen Maßregeln der Staatsregierung noch keinen Grund finden, sich gegen solche Maßregeln oder deren Urheber aufzulehnen; — Alle, welche Sinn und Liebe haben für Geseßlichkeit und bürgerliche Ordnung und Unterordnung; — Alle endlich, welche nur unter diesen Bedingungen wahre Freiheit und vollständige Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte für möglich halten: —

diese Alle, welchen Standes sie auch sein mögen, werden hierdurch aufgefordert, sich zu vereinigen und festzustehen für Recht und Ordnung, für Freiheit und Frieden. Zu dem Ende wolle ein Jeder seinen Namen und Stand bei einem der hier unten Genannten auf einem gleichlautenden Exemplare gegenwärtigen Aufrufs und der beigefügten Adresse eigenhändig unterzeichnen. Beide sollen dann an des Königs Majestät unmittelbar befördert werden. Der König muß erfahren, daß er noch auf Treue zu rechnen habe. Das Vaterland ist in Gefahr; Gott lenke die Herzen!

Merseburg, den 19. November 1848.

(Folgen 68 Unterschriften.)

An des Königs Majestät!

Ew. Königl. Majestät haben sowohl im ganzen Lande, als auch in der Stadt Merseburg der getreuen Unterthanen weit mehr, als mancher gemeint hat, welcher nur auf die Worte derer hörte, welche am lautesten sprachen. Aber selbst die Besten im Volke haben eine Schuld auf sich geladen, welche sie nicht von sich abwälzen können, die Schuld, nicht offen und entschieden genug hervorgetreten zu sein mit ihrer Gesinnung, sich nicht früher vereinigt zu haben für Geseß und Ordnung in Pflicht und Liebe. Wäre dies geschehen, so würde nicht haben erfolgen können, was jetzt von jedem Freunde des Vaterlandes nur beklagt werden kann. Doch der Wendepunkt des verhängnißvollsten Jahres scheint herbeigekommen zu sein. Schon lassen sich die Stimmen der Pflicht und der Liebe, der Anhänglichkeit an Thron und Vaterland häufiger und deutlicher vernehmen; der alte Muth erwacht wieder, und das Wort „mit Gott für König und Vaterland“ wird von neuem zur Wahrheit.

Dies vor Ew. Königl. Majestät auszusprechen, ist unsern Herzen Bedürfnis, und wir sind gewiß, daß Ew. Majestät diesen Ausdruck unserer Gesinnung gern vernehmen werden. Indem wir hier noch einen von den Unterzeichnern dieser Adresse eigenhändig vollzogenen Aufruf beifügen und uns ehrerbietig die Erlaubnis erbitten, weitere Unterschriften nachzusenden, haben wir keinen andern Zweck als den, daß Ew. Majestät einige Namen derer erblicken mögen, welche entschlossen sind, mit Ew. Majestät zu stehen bis zum Tode. Gott segne Sie und Ihr Haus! Gott segne durch Sie Ihr Volk und dessen Zukunft!

An die Väter und Mütter des preussischen Heeres.

Die gestrige Nummer des Couriers bringt einen Aufruf an Euch, Eure Söhne dem preussischen Heere zu entziehen. — Die gesetzlichen Behörden werden Kraft genug haben, den Urheber eines solchen verbrecherischen Unsinns, welches alle Bande lösen und Euch selbst durch Herbeiführung eines Bürgerkrieges in namenloses Elend stürzen würde, zur Strafe zu ziehen.

Die wahren Freunde des Vaterlandes rufen Euch Vätern und Müttern zu:

Haltet fest an dem deutschen biedern Sinne! Das Vaterland ist gerettet, wenn jeder dem Gesetze gemäß seine Pflicht erfüllt.

Laßt uns gemeinschaftlich für Recht und Ordnung eintreten und unsere Söhne, statt sie von ihrer Pflicht, das Vaterland gegen äußere und innere Feinde zu schützen, abwendig zu machen, in dieser Pflicht vielmehr kräftigen.

Wir beschwören Euch, waret Euch vor den gleißnerischen Worten derer, welche Euch zu verlocken suchen, um Euch hinterher desto sicherer zu vernichten.

Aufruf.

Ihr edlern Väter und Mütter, die ihr jetzt Eure Söhne unter die Fahnen des preussischen Vaterlandes gestellt habt, mißtrauet der Aufforderung in dem gestrigen Courier! sie kommt von den ärgsten Feinden des Vaterlandes! sie schmeicheln Euch mit Hoffnungen, die sie nie erfüllen können! Glaubt nur,

wenn sie erst ihre Wünsche erreicht haben, dann sind wir Alle ihrem Raube und ihren rohen Lüsten verfallen. — Sagt lieber Euren Söhnen, daß sie sich dem Könige, dem sie den Eid der Treue geschworen haben, mit Blut und Leben opfern. Er besitzt noch die Liebe seiner besseren Unterthanen, und Er allein ist es nur, von dem wir wieder Ruhe und Frieden zu erwarten haben. Trauet Ihm, er wird Euch keine der versprochenen Freiheiten vorenthalten. — Bedenket, wie heute noch die alten Krieger aus den Jahren des Freiheitskrieges, die dem Rufe ihres Königs folgten, in Achtung und Ehren stehen! Lassen wir auch unsere Söhne solchen Ruhmes theilhaftig werden, damit unsere Enkel uns noch segnen, die wir unsere Söhne für den gerechten Kampf für König und Vaterland gegen die eignen Vaterlandsfeinde hingaben, die nur Revolution und Auflösung alles Rechtes, aller Gesetze wollen, und sich nicht darum kümmern, ob Tausende ihren Gelüsten zum Opfer fallen. Jetzt schon schleudern sie die Brandsackel ins schöne Vaterland und rufen tausendfaches Elend hervor.

Viele Väter, die gern ihre Söhne dem Aufrufe zur preussischen Fahne folgen hießen.

Antwort auf mehrfache Anfragen.

Da mehrere Einwohner in hiesigem Kreise meiner Handlungsweise als Höchstssteuernder bei der jetzt beliebten Steuer-Verweigerung einige Beachtung zu schenken scheinen und darüber um Mittheilung bei mir angefragt haben, so will ich denselben auf diesem Wege dahin antworten: „daß ich alle fälligen Steuern und Abgaben nach wie vor pünktlich bezahlen werde.“

Salzmünde, den 20. November 1848.

J. G. Wolke.

Wochenmarkts-Anzeige.

Zufolge eingeholter Genehmigung Königlich Hochlöbl. Regierung zu Merseburg sollen nunmehr in unserer Stadt wöchentlich zwei Wochenmärkte, nämlich Dienstags und Freitags, und zwar in den Sommermonaten von früh 6 Uhr bis Mittags 11 Uhr, in den Wintermonaten von früh 7 Uhr bis Mittags 12 Uhr stattfinden. Sollte einer dieser Tage aber auf ein Fest fallen, so wird der Markttag Tags zuvor gehalten.

Der Anfang des ersten Wochenmarktes soll den 28. November d. J. (ein Dienstag) gehalten werden.

Die Wochenmarktordnung ist in den Gasthöfen ausgehängt und auch bei dem Marktmeister zu Jedermanns Kenntniß einzusehen.

Wir machen dieses dem betreffenden Publikum zur Nachachtung und mit dem Bemerkten bekannt: daß der Zolltarif für die Verkaufsstände äußerst gering, und in der Marktordnung, so wie durch Anschlag an dem Rathhause einzusehen ist.

Lauchstädt, den 10. Nov. 1848.

Der Magistrat.

Erklärung.

Um Irrthümern zu begegnen, erklären wir hierdurch, daß der in Nr. 273 des Couriers erwähnte Volksredner, Student Ad. Kaulfuß, durchaus nicht mit unserem Freunde, dem Studenten Louis Kaulfuß, Sohn des hiesigen verstorbenen Professors, zu verwechseln ist.

Halle, den 22. November 1848.

D. Buzer. H. Fahland.

Cönnern, den 20. November. Der Artikel Cönnern den 15. November in Nr. 271 des Couriers muß dahin berichtigt werden: daß die von den Einsassen des Saalkreises an Sr. Majestät den König gerichtete Mißtrauensadresse gegen das gegenwärtige Ministerium nicht von allen Anwesenden — mehr als hundert — sondern nur von einem Theil derselben, und zwar nach vorgängigen dringenden Aufforderungen der Verfasser, unterschrieben ist. —

Eine in gutem Stande befindliche große Schraubenpresse wird zu kaufen gesucht und das Nähere von W. H. Politz mitgetheilt.

Sonnabend

den 25. d. M. Mittags 12 Uhr soll auf der Pfarre zu Domnitz altes Bauholz meistbietend verkauft werden.

Der Kirchenvorstand.

Ein schönes Landgut in fruchtbarster Lage, mit circa 160 Morgen Land, in vier Plänen, ist veränderungshalber mit wenig Anzahlung an einen soliden Landwirth zu verkaufen. Selbstkäufer erhalten Auskunft bei J. G. Große, Nr. 15 in Halle.

Ein Kapital von 3850 R^r erste und ein solches von 2000 R^r zweite Hypothek wird zum Januar und April k. J. gesucht. Näheres unter H. A. poste restante Heldrungen.

Ein Oekonomie-Verwalter, welcher auf größern Gütern conditionirt hat, sucht sofort oder zum neuen Jahre ein anderweitiges Engagement. Portofreie Anfragen mit H. K. bezeichnet wird die Expedition des Couriers weiter befördern.

Gebauer'sche Buchdruckerei.